

Dringliche Interfraktionelle Interpellation SP, BDP/CVP, GFL/EVP (Gisela Vollmer, SP/Isabelle Heer, BDP/Matthias Stürmer, EVP): Marzili: Erfüllt der Gemeinderat die Schulraumbedürfnisse der Volksschule rechtzeitig und wirtschaftlich?

Ausgangslage

Der Raumbedarf der Volksschule Marzili ist längst an seine Grenzen gestossen. Der Unterricht findet aus Platzgründen bereits jetzt teilweise auf den Gängen statt. Zudem wird im Marzili für die nächsten Jahre von einer Verdoppelung der Schülerzahlen am Standort Marzili ausgegangen, was das Problem nochmals verschärfen wird. Nach dem Auszug der Pädagogischen Hochschule PH Bern wollte der Gemeinderat das Schulareal eigentlich für die Erweiterung der Volksschule und neu für die Heilpädagogische Schule nutzen. Vor kurzem wurde nun publik, dass die Abteilung Wirtschaft der Berner Fachhochschule dieses Areal einer temporären Nutzung zuführen will. Die Besitzverhältnisse des Areals sind zwischen Kanton und Stadt aufgeteilt (die Stadt hat Teile vom Kanton vor mehr als 10 Jahren ohne Auflagen verkauft).

Problem

Vor dem Einzug der BFH Wirtschaft ins Marzili müssen die Gebäude saniert werden. Gegen das Baugesuch, insbesondere gegen die 28 Parkplätze hat der Quartierverein Einsprache erhoben, weil sich die Parkplätze genau an der Stelle befinden, an der die Stadt einen eigenen Schulneubau für die Volksschule erstellen will. Die Stadt wird das dazu benötigte Land aber nur kaufen können, wenn sie auch die Parkplätze für den Kanton erstellt. Die Stadt muss also einen Neubau für die Volksschule erstellen und gleichzeitig die Ersatzparkplätze für den Kanton zur Verfügung stellen. Diese Vorgabe schränkt die Planung des Schulstandortes auf diesem sensiblen Areal stark ein und wird einerseits zu hohen Mehrkosten und andererseits zu weniger verfügbarer Freifläche führen. Es wird zudem noch einige Jahre dauern bis die dringend benötigten Räume für die Volksschule Marzili zur Verfügung stehen. Zudem ist Frage des Ersatzschulraums während der Bauzeit ebenfalls noch nicht geklärt.

Hier offenbart sich ein Konflikt zwischen Stadt und Kanton bzw. zwischen den Bedürfnissen der Volksschule und den Bedürfnissen der Fachhochschule auf diesem Areal. Und es macht den Anschein, dass sich die Stadt zu wenig für die Anliegen der betroffenen Schule einsetzt. Zudem ist die Information seitens der Stadt gegenüber den betroffenen Familien, den Anwohnern und den Quartiervereinen sowie Kommissionen sehr zurückhaltend und lückenhaft.

Wir bitten den Gemeinderat dem Stadtrat mit folgenden Fragen in dieser Sache Klarheit zu schaffen

1. Ab wann wird den Kindern im Marzili ausreichend Schulraum zur Verfügung stehen?
2. Was ist Stand der Dinge in der Planung des Neubaus der Volksschule an der Brückenstrasse? Wann kann die Schule damit rechnen, die neuen Schulräume beziehen zu können?
3. Wie sind die Besitzverhältnisse des Areals im Moment und welche Verhandlungen laufen bezüglich eines allfälligen Rückkaufs gewisser Arealteile?
4. Warum ist die Stadt zu keiner offensiveren Informationspolitik, was die Entwicklung dieses Areals anbelangt bereit? Wie kann die Stadt nachweisen, dass sie sich mit genügendem Masse und mit Nachdruck für die Anliegen der Volksschule einsetzt?

Begründung der Dringlichkeit

Der Kanton baut bereits, obwohl die Baugenehmigung und die Projektänderungen fehlen. Ausserdem fehlen vom Schulamt die Zusagen, ob die Volksschule ab August 2014 die zwei Turnhallen und die Aula nutzen kann.

Bern, 27. März 2014

Erstunterzeichnende: Gisela Vollmer, Isabelle Heer, Matthias Stürmer

Mitunterzeichnende: Benno Frauchiger, Rithy Chheng, Peter Marbet, Halua Pinto de Magalhães, Lea Kusano, Fuat Köçer, Bettina Stüssi, Hasim Sönmez, Katharina Altas, Nadja Kehrli-Feldmann, Lena Sorg, Annette Lehmann, Martin Mäder, Hans Kupferschmid, Kurt Hirsbrunner, Judith Renner-Bach, Philip Kohli, Michael Daphinoff, Claudio Fischer, Bettina Jans-Troxler, Daniela Lutz-Beck, Janine Wicki

Antwort des Gemeinderats

Die Volksschule Marzili ist Teil einer gesamten Gebäudegruppe des ehemaligen Lehrerinnenseminars, erbaut in mehreren Etappen in den Jahren 1946 bis 1950, 1962 bis 1963 und 1985, geplant durch den Architekten Walter Schwaar des Architekturbüros Schwaar + Partner. Die stadteigenen Gebäude der Volksschule Marzili (Brückenstrasse 70, 71a, 71d und 71e) bieten Platz für den Kindergarten und die Primarstufe. Die übrigen Gebäude (Brückenstrasse 69, 71, 71b und 73) sowie die vorgelagerte Grünfläche sind Eigentum des Kantons und beherbergten ursprünglich ein Lehrerinnenseminar, anschliessend die Pädagogische Hochschule Bern. Die Turnhallen und die Aussenflächen sind ebenfalls im Besitz des Kantons und können von der Volksschule genutzt werden. Der stadteigene Pavillon für die Tagesschule (Brückenstrasse 71e) wurde von Stadtbauten Bern im Auftrag des Gemeinderats 2010 als Provisorium erstellt und ist nur befristet bewilligt.

Diese Darstellung der Besitzverhältnisse zeigt die komplexe Ausgangslage des gesamten Areals für die Umnutzung und Erweiterung der bestehenden Schulanlagen. Es gibt zwei Eigentümer mit eigenständigen Strategien und Verantwortungsbereichen.

Aufgrund der dringenden Schulraumbedürfnisse im Schulkreis Mattenhof-Weissenbühl bestellte der Gemeinderat 2009 im Rahmen der Mittelfristigen Investitionsplanung bei den damaligen Stadtbauten Bern einen Ausbau der Schulanlage Marzili zu einer Schule mit zwei parallelen Klassenzügen. Die Stadt hatte die Absicht, nach dem Umzug der Pädagogischen Hochschule ins von Roll Areal, die dem Kanton gehörenden Gebäude zu kaufen oder zu mieten. Die Präsidialdirektion und die Stadtbauten Bern haben dem Kanton dafür einen Abtausch der Schulgebäude Marzili und Wankdorf mit dem entsprechenden Wertausgleich vorgeschlagen. Gemäss Strategieentscheid des Kantons betreffend Nutzung der Schulanlage Marzili soll jedoch die Berner Fachhochschule (BFH) ab 2014 am Standort Marzili untergebracht werden, womit die geplante Erweiterung der Volksschule Marzili und die Absicht, die Heilpädagogische Schule in die Schulanlage zu integrieren, nicht mehr möglich war. Einen entsprechenden ablehnenden Entscheid hat der Kanton Bern mit Schreiben vom 23. April 2012, unterschrieben von Regierungsrätin Barbara Egger, der Stadt Bern mitgeteilt. Inzwischen ist der Kanton Bern daran, für insgesamt 9,55 Mio. Franken die notwendigen Sanierungs- und Anpassungsmassnahmen für den Einzug der Berner Fachhochschule für Wirtschaft umzusetzen. Der Regierungsrat schreibt in einer im Grossen Rat eingereichten Interpellationsantwort, dass er mit dieser Lösung insgesamt jährlich rund 1,7 Mio. Franken Mietausgaben einsparen kann.

Nachdem diese Variante, in den kantonalen Gebäuden Schulraum für die Volksschule zu schaffen, aufgrund der ablehnenden Stellungnahme des Kantons gescheitert war, wurden stadintern drei weitere Varianten für die Schaffung von Schulraum geprüft:

1. Bau eines Neubaus für die ganze Schule auf dem Gaswerkareal und Aufgabe des Standorts Marzili.
2. Weiterbetrieb der Schulanlage Marzili mit Erweiterungsbau auf dem Gaswerkareal für die 3. bis 6. Schuljahre.
3. Erweiterungsbau am Standort Marzili.

Der Gemeinderat entschied sich für Variante 3. In einer Machbarkeitsstudie wurde anschliessend die Umsetzbarkeit dieser Variante geprüft und nachgewiesen. Im November 2013 bewilligte der Gemeinderat einen Projektierungskredit von 2,8 Mio Franken für Vorstudien, Projektierung und Ausschreibung.

Antworten zu den einzelnen Fragen

Zu Frage 1:

Der Erweiterungsbau Marzili soll im Schuljahr 2018/19 fertig gestellt werden. Aufgrund der Entwicklung der Schülerinnen- und Schülerzahlen müssen deshalb kurzfristige Übergangslösungen und Provisorien gesucht werden. Auf das Schuljahr 2014/15 hin werden kurzfristige und temporäre Mietlösungen gesucht. Auf das Schuljahr 2015/16 wird im Marzili ein Provisorium in Form eines Modulbaus für einen Kindergarten erstellt.

Damit stellt sich die Schulraumsituation folgendermassen dar:

Schulstandort		2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Marzili/Sulgenbach	Prognose	+2 Kl.	+2 Kl.	+1 Kl.	+1 Kl.	+1 Kl.	+1 Kl.	+1 Kl.
	Entlastung		-2 Kl. Sulgenbach	-1 Kl. Modulbau Marzili				
						-7 Kl. Neubau Marzili		
			Schulraumdefizit					
			Schulraum genügend					
			Entlastung durch bestellte Bauprojekte					

Trotz Modulbauten braucht es schulorganisatorische Massnahmen, um den Ausbau der Kindergärten im Schulkreis aufzufangen. Die Situation entspannt sich erst mit dem Neubau des Schulhauses Marzili.

Zu Frage 2:

Der voraussichtliche Bezug des Erweiterungsbaus ist für das Schuljahr 2018/19 vorgesehen. Der Gemeinderat hat im November 2013 den Projektierungskredit genehmigt. Stand der Arbeiten: Anforderungen und Rahmenbedingungen sind definiert, der Wettbewerb ist ausgeschrieben, Ende Jahr 2014 soll dieser entschieden werden.

Zu Frage 3:

Die Stadt Bern ist Eigentümerin der Parzellen Nr. 2543/III und Nr. 539/III mit den Gebäuden an der Brückenstrasse 70, 71a, 71d und 71e. Der Kanton ist Eigentümer der Parzelle Nr. 3987/III mit den Gebäuden an der Brückenstrasse 69, 71, 71b und 73 sowie den Aussensportanlagen und den Turnhallen. Das Mitbenutzungsrecht an den Turn- und Sportanlagen durch die Einwohnergemeinde Bern ist mit einer Dienstbarkeit geregelt und im Grundbuch eingetragen.

Der für den Erweiterungsbau der Volksschule vorgesehene Perimeter liegt zwischen den bestehenden Gebäuden und der Sulgeneckstrasse. Dieser Bereich ist teilweise im Eigentum des Kantons und soll nun ganz an die Stadt übergehen. Die entsprechenden Verhandlungen sind bereits weit fortgeschritten. Darüber hinaus sind keine weiteren Abtauschverhandlungen mehr geplant. Der Kanton hat mit den Sanierungs- und Umbauarbeiten für die Berner Fachhochschule bereits begonnen.

Zu Frage 4:

Die Schulraumsituation im Marzili wurde sowohl in den Medien wie auch im Stadtrat - beispielsweise anlässlich der Dringlichen Interfraktionellen Motion SP, GFL/EVP (Gisela Vollmer, SP/Rania Bahnan Buechi, GFL/Matthias Stürmer, EVP): Schulhäuser und Schulraumplanung in der Stadt Bern - angesprochen. Im Weiteren hat der Gemeinderat am 27. November 2013 respektive am 3. April 2014 über seine Gemeinderatsbeschlüsse betreffend Schulraum im Marzili aktiv informiert. Die Bestellung von Schulraum aus dem Jahr 2009 und der Auftrag, Provisorien als kurzfristige Sofortmassnahme zu erstellen, belegen die Anstrengungen des Gemeinderats, den notwendigen Schulraum zur Verfügung zu stellen.

Bern, 7. Mai 2014

Der Gemeinderat